

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 21 (1994)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Abstimmung vom 20. Februar : eine Ohrfeige für die Regierung  
**Autor:** Haller, Peter / Tschanz, Pierre-André  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-910253>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Abstimmung vom 20. Februar

# Eine Ohrfeige für die Regierung

Die Abstimmung über fünf Vorlagen, die alle verkehrspolitische Themen betrafen, endete mit einem fünffachen Ja, doch eines davon kam dem Bundesrat und dem Parlament sehr ungelegen. Zum Leidwesen von Verkehrsminister Adolf Ogi sprachen sich 51,9 Prozent der Stimmberechtigten für die Alpeninitiative aus. Diese verlangt, dass der alpenquerende Transitgüterverkehr bis zum Jahre 2004 von der Strasse auf die Schiene verlegt wird. Darüber hinaus verbietet die Initiative jeden weiteren Ausbau der Nationalstrassen in den Alpen.

Als die Alpeninitiative 1990 vor allem von Kreisen der Grünen und Sozialdemokraten aus den Bergregionen der Innerschweiz eingereicht wurde, wurde ihr nur wenig Beachtung geschenkt. Bundesrat und Parlament

Peter Haller

empfahlen sie zur Ablehnung, denn ihrer Ansicht nach liess sich der Zwang, Gütertransporte auf die Schiene zu verlegen, nicht mit der freien Wahl des Verkehrsmittels vereinbaren. Ausserdem hielten sie die Forderung für viel zu extrem. Die Selbstzufriedenheit des Bundesrates im Vorfeld der Abstimmung wurde nur in den letzten zwei Wochen durch die steigende Nervosität von Bundesrat Adolf Ogi gestört. Seine unüberlegten Äusserungen anlässlich eines Fernsehauftritts brachten den Gegnern der Initiative Stimmenverluste.

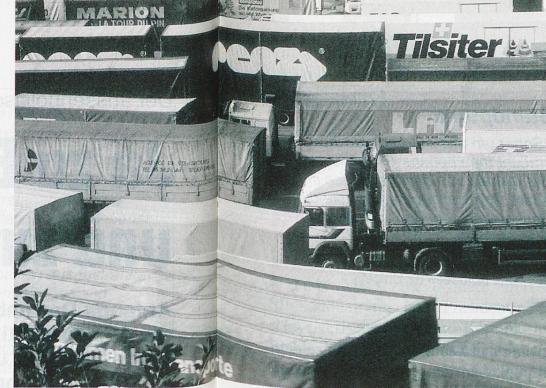
## Kommentar

Die Abstimmung über die Alpeninitiative war eine Gratwanderung, doch Verkehrsminister Adolf Ogi, der zu den Wortführern der Gegner gehörte, gestand seine Niederlage ein. Es handelt sich um seine erste Niederlage, denn in der Vergangenheit hat er vier wichtige Vorlagen, darunter auch zwei transalpine Eisenbahntunnels, durchgebracht. Die Schweizer Regierung befindet sich gegenüber der Europäischen Union in einer wenig komfortablen Lage. Die Alpeninitiative verstößt gegen das Transitabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union und führt zu einer schlechten Ausgangslage bei bilateralen Gesprächen. In vielen Bereichen bräuchte die Schweiz jedoch gute Voraussetzungen, nicht zuletzt bei der Aushandlung besserer Bedingungen für die Schweizer Luftfahrt.

gesellschaften am «freien Himmel» der Europäischen Union. Doch die Verlässlichkeit der Schweiz als Vertragspartner an sich wird grundsätzlich in Frage gestellt.

Im Land selber ist der echte oder vermeintliche Graben zwischen den Sprachregionen noch tiefer geworden. Die heftige Reaktion gegen die Deutschschweizer von Wirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz kommt auch in der Presse der Romandie zum Ausdruck. Es ist jedoch nicht ungewöhnlich, dass die beiden Sprachregionen in Verkehrsfragen nicht völlig übereinstimmen. Und schliesslich zeigt die niedrige Stimmabteilung in der Romandie von durchschnittlich knapp 30 Prozent, welche Bedeutung die Stimmberechtigten dem Thema beismessen, als das Abstimmungsergebnis noch nicht vorlag.

Peter Haller



Eine Abstimmung mit Folgen für den Schwerverkehr: Ja zu den Abgaben, ja zur Alpeninitiative, die den Transitverkehr auf die Schiene zwingt.  
(Foto: Prisma)

gegenüber der Europäischen Union durch die Annahme der Initiative kaum gestärkt. Auch wenn der Eisenbahngüterverkehr für die Schweizer Regierung und die Europäische Union ein langfristiges Ziel darstellt, so wird sich die Durchsetzung der Alpeninitiative als schwierig gestalten, denn die Schweiz kann sich nicht vom Umfeld in Europa, zu dem auch der Strassentransport gehört, abschotten.

Paradoxeise wird die von der Regierung befürwortete Schwerverkehrsabgabe aber genau dazu benutzt, den Strassentransport so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Die Stimmbürger befürworteten die heutige pauschale Steuer für Lastwagen und Busse klar, und sie akzeptierten auch eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe. Damit sollen die Verkehrsteilnehmer für die effektiv verursachten Kosten wie den Strassenbau, den Unterhalt und die Luftreinhaltemassnahmen aufkommen. Die Stimmberechtigten befürworteten auch die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe und stimmten damit einer Preiserhöhung auf 40 Franken zu.

Positiv für die Regierung war auch die Zustimmung zum revidierten Luftfahrtgesetz. Trotz intensiver Kampagne der Gegner wurde diese Vorlage angenommen.

## Eidgenössische Volksabstimmungen

12. Juni 1994

- Bundesbeschluss über einen Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung.
- Bundesbeschluss über die Revision der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung (Erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer).
- Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme).

## URNENGANG

### Abstimmungsergebnisse

Bundesbeschluss über die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe  
JA 1259313 (68,5%)  
NEIN 579643 (31,5%)

Bundesbeschluss über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe  
JA 1323877 (72,1%)  
NEIN 512988 (27,9%)

Bundesbeschluss über die Einführung einer verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe  
JA 1221473 (67,1%)  
NEIN 597673 (32,9%)

Volksinitiative «zum Schutz des Alpengebietes vor dem Transitverkehr»  
JA 954433 (51,9%)  
Kantone: AI, AR, BE, BL, BS, GL, GR, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, ZG, ZH  
NEIN 884448 (48,1%)  
Kantone: AG, FR, GE, JU, NE, VD, VS

Änderung des Luftfahrtgesetzes  
JA 1080959 (65,9%)  
NEIN 689924 (34,1%)  
Stimmteiligung: ca. 40%

## Schweizer Blauhelme?

Am 12. Juni dieses Jahres werden die Stimmberechtigten unter anderem darüber entscheiden, ob sich die Schweiz künftig mit sogenannten Blauhelmen an UNO-Missionen beteiligen soll. Wir werden in der nächsten Ausgabe der «Schweizer Revue» näher auf diese Vorlage eingehen. Wer sich bereits vorher damit auseinandersetzen möchte, kann das Grundlagendokument «20 Thesen für Schweizer Blauhelme» bei folgender Adresse anfordern:

EDA, Direktion für internationale Organisationen, Sektion UNO + IO, CH-3003 Bern.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Land \_\_\_\_\_

Beabsichtigen Sie diese Broschüre weiterzugeben (Antwort freiwillig)?  
□ Ja □ Nein

Wenn Ja: Über welche Kanäle?

## Blick

«Keine Frage: Auch das Verhältnis zwischen der Deutschschweiz und der Romandie hat einen weiteren Dämpfer erlitten. Wie schon beim EWR mussten sich die weltoffenen Westschweizer wieder von der Deutschschweizer Mehrheit dominieren lassen. Der Rösti-graben ist so tief wie noch nie.»

## Tages-Anzeiger

«Offensichtlich hat die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer diesen Schutz höher gewichtet als die Angst vor möglichen Vergeltungsmaßnahmen Brüssels. Gerade unter diesem europapolitischen Blickwinkel ist allerdings das einmütige Nein der Romandie zu verstehen, zumal ja dort, eher ungewöhnlich, die übrigen Verkehrsverlagerungen mehr oder minder deutlich gutgeheissen wurden.»

PAT